

GR Mag. Michael Winter  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 05. Juli 2023

Betreff: Einbindung der Ordnungswache in weitere Aufgabenbereiche  
**Dringlicher Antrag**

Nach unseren Initiativen in der Gemeinderatssitzung vom Mai 2023, gab es ein notwendiges Bekenntnis zur Grazer Ordnungswache. Da für das kommende Jahr grundsätzliche Überlegungen über die zukünftigen Aufgaben der Ordnungswache angestrebt werden, ist es notwendig, auch zur Sicherheit der Mitarbeiter, dieses Bekenntnis zu bekräftigen. Denn, die Ordnungswache ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Ordnung und übernimmt auch viele verbindende, aufklärende und präventive Aufgaben.

Natürlich ist es sinnvoll auch über bestehende Aufgaben nachzudenken und über deren Notwendigkeit zu diskutieren. Dies kann jedoch nicht ausschließlich auf Grund von Zahlen erfolgen, da nicht jeder Bürgerkontakt oder die Verhinderung gewisser Handlungen durch bloße Anwesenheit gemessen werden kann.

Da sich die Aufgaben der Ordnungswache ständig weiterentwickeln und erweitern, soll auch eine Mitarbeiteraufstockung nicht ausgeschlossen werden. Zudem können, für die Stadt Graz schützenswerte Gebiete wie zum Beispiel das Vogelschutzgebiet Weinzödl, auf Grund übergeordneter Zuständigkeiten und Regularien nicht (mit) kontrolliert werden.

Auch wird es in Zukunft notwendig sein, die Kollegen der Ordnungswache in Bezug auf Drogenkriminalität zu schulen, um die Polizei dabei zu unterstützen, dass Graz nicht zur Drogenhochburg der Steiermark wird. Hierzu bedarf es sicher diverser Änderungen und Adaptierungen um eine präventive Zusammenarbeit mit der Exekutive zu ermöglichen.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gespräche mit den für die Kontrolle des Vogelschutzgebietes Weinzödl zuständigen Stellen aufzunehmen, um zu ermitteln, wie eine zusätzliche Kontrolle seitens der Stadt Graz ermöglicht werden kann.

2. Zu prüfen in welcher Form eine primär präventive, aber vertiefte Zusammenarbeit mit der Polizei bei verschiedenen Themen möglich ist.
3. Eine schriftliche Stellungnahme der zuständigen Bürgermeisterin Elke Kahr über die zukünftigen Aufgabenfelder und inhaltliche Ausrichtung im Sinne einer ganzheitlichen Sicherheitspolitik der Stadt Graz abzugeben und dem Gemeinderat bis zur Sitzung am 21.09.2023 vorzulegen.